

01.02.2021

Klimaschutzkonzept der Stadt Hof – Klimaschutz geht nur sozial und ökologisch

Am 25.01.2021 hat der Hofer Stadtrat das Klimaschutzkonzept einstimmig angenommen. Der LINKE Stadtrat Thomas Etzel hat während der Debatte in der Sitzung auf fehlende soziale Aspekte im Klimaschutzkonzept hingewiesen.

Janson Damasceno da Costa e Silva, Kreisvorsitzender, erklärt dazu: „Wir begrüßen die Einführung eines Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Hof und bewerten dies als hervorragenden Schritt in die richtige Richtung. Leider werden soziale Aspekte beim Klimaschutz zu häufig vernachlässigt. Umweltschutz darf nicht immer nur auf das Privatleben der Menschen heruntergebrochen werden als wäre es kein gesamtgesellschaftliches Problem. Es braucht hier klare Änderungen in unserer Wirtschaftsweise und diese müssen schnellstmöglich umgesetzt werden. Eine „weiter so“-Strategie wird sonst zu einer Klimakatastrophe führen, die jeden einzelnen betrifft.“

Die LINKE. fordert daher Ergänzungen, um Klimaschutzprogramme sozialverträglich zu gestalten.

- **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV):**
Der Individualverkehr muss reduziert werden. Das verringert zum einen den CO₂-Ausstoß und entlastet zum anderen die Verkehrsinfrastruktur und übermäßiges Verkehrsaufkommen in den Städten und auf Autobahnen. Der ÖPNV der Stadt soll dazu kostenlos gestaltet werden. Hierdurch wird ein Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn attraktiver und ermöglicht es Menschen mit geringen Einkommen mobil zu bleiben. Kurzfristig sollten in der Übergangsphase Sozialtickets angeboten werden, die deutliche Vergünstigungen für SozialleistungsbezieherInnen, GeringverdienerInnen, Schüler, Studierende und RentnerInnen vorsehen. So werden diese Personengruppen auch finanziell entlastet.
Darüber hinaus müssen Verkehrsverbünde mit den umliegenden Kommunen erarbeitet werden. Dies ermöglicht auch PendlerInnen, die nicht innerhalb des Stadtgebietes arbeiten, den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel.

- **Erneuerbare Energien und bedarfsgerechte Produktion:**
Die Stadt und insbesondere die Stadtwerke müssen erneuerbare Energiequellen ausbauen und ggf. in Verbänden mit umliegenden Kommunen dezentrale, saubere Energiequellen erschließen. Mögliche Preissteigerungen der Strompreise müssen über höhere Sozialleistungen und eine Deckelung für Menschen mit geringem Einkommen abgefangen werden (Sozialtarif). Die Stadt muss sich offen dafür gegenüber Bund und Land positionieren.
Die Mechanismen in unserem Wirtschaftssystem kommen einer höher-schneller-weiter-Mentalität gleich. So führen der Wettbewerbsdruck und Profitinteressen der Unternehmen zu einem maßlosen Wachstumsstreben, wodurch auch klimaschädliche Produkte weiterhin produziert werden. Eine Umstellung auf klimafreundliche Produkte und Produktion ist somit oft unrentabel. Für kleinere Unternehmen sind Förderprogramme einzurichten, damit eine Umstellung der Produktionsbedingungen erreicht werden kann. Dies schont nachhaltig das Klima.
Von städtischer Seite könnten Gewerbeflächen erst nach Vorlage von Umweltschutzkonzepten (z. B. Umweltmanagementsystem nach ISO 14001) und Tariftreueerklärungen an Unternehmen vergeben werden. Sofern keine Tarifverträge vorhanden sind, muss ein Mindestlohn von 15€ garantiert werden.
- **Stadtbild ökologisch gestalten:**
Im Stadtgebiet Hof kommt es immer wieder zu radikalen Baumfällaktionen und Rodungen. Die Stadt muss Aktionen dieser Art auf ein absolutes Minimum begrenzen und ausgleichend neue Grünflächen schaffen. Statt Pflasterwüsten wie am Reckenzeplatz oder in der Wörthstraße sollen besser Grünanlagen entstehen. Dies trägt zur Verschönerung des Stadtbildes bei, ist ökologisch sinnvoll und dient den Menschen in unmittelbarer Umgebung als Naherholungsmöglichkeit.
Alte Leerstehende Gebäude, die das Stadtbild prägen, müssen in Umbauprojekte integriert werden. Hier gilt: Sanieren statt Planieren. Als Beispiel sind hier die aktuellen Diskussionen zum blauen Haus in der Fabrikzeile zu benennen.
- **Soziale Mindeststandards in kommunalen Einrichtungen:**
Die Stadt Hof muss als gutes Beispiel vorangehen. Alle städtischen Einrichtungen sollen für die Beschaffung von Betriebsmitteln auf soziale Mindeststandards achten. „Fair Trade“ und ökologisch nachhaltig produzierte Güter sind daher vorzuziehen. Für alle Beschäftigten der städtischen Einrichtungen müssen tarifliche Bedingungen eingehalten werden.